



Ursula Hafner-Wipf (bisher, SP)

«Gute Gesundheitsversorgung mit genügend Hausärzten»

NEUHAUSEN. Ursula Hafner-Wipf wurde am 29. August 2004 erstmals in den Regierungsrat gewählt. Sie betreibt aktuell das Departement des Innern.



Ursula Hafner-Wipf, Vorsteherin des Departements des Innern.

Schaffhauser Beck: Frau Hafner, was gefällt Ihnen am Besten an der Regierungsratswahl? Ursula Hafner: Ich bin sehr gespannt, aber vor allem auch überrascht. Wichtiges Zeichen für die Zukunft können gewählt werden, und ich engagiere mich sehr gerne für das Wohl unserer Bevölkerung und des Kantons.

Ihre Hauptziele für die nächste Legislatur? Ich habe eine ganzheitliche und präventive Versorgung der Patienten und Patientinnen zu gewährleisten. Unsere ältere Wohnbevölkerung braucht eine leistungsstarke Spitex und geriatrische Hilfen.

besonders die Sicherheit eines Lagers für diese gefährlichen Abfälle betrifft. Die Regierung muss die Interessen der Bevölkerung wahrnehmen und sich an die gesetzliche Verpflichtung zum Widerstand halten. Die zukünftige Entwicklung unserer Region darf nicht durch ein radioaktives Lager negativ beeinflusst werden.

Macht es bei der aktuellen finanziellen Situation im Kanton Sinn, die Steuern zu erhöhen? Hafner: Eine Steuererhöhung steht für die Regierung momentan nicht im Vordergrund. Die grossen Investitionen (Altschule, Spitalneubau, Sicherheitszentrum, Spitalumbau) können jedoch kaum mit den vorhandenen Mitteln finanziert werden. Daher steht der Regierungsrat mit einem Ziel vor sich. Bei diesen verschiedenen Möglichkeiten aufzugehen, und den abschliessenden Entscheid billigt das Schaffhauser Stimmvolk. Investitionsmassnahmen in der jetzigen Phase hat es im Kanton immer wieder gegeben. Damit auch die nächste Generation grosse Vorhaben

finanzieren kann, wie ein Investitionsfonds sinnvoll. Die Miete der Spitäler von jährlich 10.6 Millionen Franken muss zweckgebunden verwendet werden. Eine Rückzahlung für zukünftige Erneuerungen ist nötig. Hafner: Eine Steuererhöhung steht für die Regierung momentan nicht im Vordergrund. Die grossen Investitionen (Altschule, Spitalneubau, Sicherheitszentrum, Spitalumbau) können jedoch kaum mit den vorhandenen Mitteln finanziert werden. Daher steht der Regierungsrat mit einem Ziel vor sich. Bei diesen verschiedenen Möglichkeiten aufzugehen, und den abschliessenden Entscheid billigt das Schaffhauser Stimmvolk. Investitionsmassnahmen in der jetzigen Phase hat es im Kanton immer wieder gegeben. Damit auch die nächste Generation grosse Vorhaben

Christian Amsler (bisher, FDP)

«Hohe Qualität des Bildungswesens trotz Spardruck»

SETTLEN. Christian Amsler wurde am 29. November 2009 erstmals in den Regierungsrat gewählt. Er betreibt aktuell das Erziehungsdepartement.

Ihre Hauptziele für die nächste Legislatur? Amsler: Wir sind stolz auf die Schaffhauser Schulen. Es ist ein grosses Anliegen, die Qualität des Schaffhauser Bildungswesens hoch zu halten, auch in Zeiten des momentanen Spardrucks. Dem die Schaffhauser Regierung als Team ausgesetzt ist. Gleichzeitig müssen wir uns aber in unserem wachsenden Kanton in der kommenden Legislatur auch ersthalb Gelöbnisse machen zu Strukturfragen im Bereichs Gemeinden, Dienstleistungen und insbesondere auch der Volkshochschule. Gibt es Handlungsbedarf seitens der Regierung bezüglich Teufelstage für radioaktive Abfälle? Amsler: Wir haben eine klare regierungsrätliche Haltung zum Teufelstage, die von uns immer und überall kommuniziert wird. Dazu haben wir auch einen gesetzlichen Grundantrag, den wir als Gremium geschlossen wahrnehmen. Wir wollen das gesamte Teufelstage in unserer Region mit



Christian Amsler, Vorsteher des Erziehungsdepartements.

allein aus zur Verfügung stehenden Mitteln verändern. Amsler: Der Kanton hat mit einem ersten Kredit nur einmal grünes Licht gegeben. Die Planung war unvollständig. Die grosse Finanzierung mit verschiedenen Varianten wird dann erst mit der konkreten Kreditvergabe aufgezogen werden. Es ist total verfrüht bereits von einer Steuererhöhung zu sprechen. Politisch müssen wir aber in der Regierung und im Kantonsrat tatsächlich über künftige Rückstellungen für Geowissenschaften diskutieren. Amsler: Nein, das widerspricht der klaren Haltung der Regierung. Wir haben uns zu

Ernst Landolt (bisher, SPV)

«Florierende Volkswirtschaft, von der alle profitieren»

RÜDLINGEN. Ernst Landolt wurde am 29. August 2010 erstmals in den Regierungsrat gewählt. Er betreibt aktuell das Volkswirtschaftsdepartement.



Ernst Landolt, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements.

Schaffhauser Beck: Herr Landolt, was gefällt Ihnen am Besten an der Regierungsratswahl? Ernst Landolt: Meine Arbeit als Regierungsrat ist interessant, spannend und vielfältig. Vielfältig allein schon deshalb, weil ich mit der Volkswirtschaft und der Justiz ein sehr breites Expertenfeld betreue. Ich finde es eine spannende Aufgabe, mich mit aller Kraft an vorderster Front für optimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und für eine hohe Lebensqualität für die Bevölkerung unseres schönen Kantons einsetzen zu können.

Ihre Hauptziele für die nächste Legislatur? Landolt: Gemeinsam mit dem ganzen Regierungsrat und zusammen mit dem Kantonsrat will ich eine gute Politik machen für unsere gesamte Volkswirtschaft und für alle Menschen im Kanton.

mindesten beiden Ebenen aus Ziel bringen. Hier herrscht grosser Handlungsbedarf, deshalb müssen wir vorwärts machen. Landolt: Es ist verfrüht, hinsichtlich des Spitalprojekts von einer Steuererhöhung zu sprechen. Wenn wir bis ins Jahr 2010 unsere strategischen Ziele (Einwohnerzahl im Kantons Stimm, die Steuern zu erhöhen) umzusetzen können, werden auch die finanziellen Perspektiven unseres Kantons besser sein, als sie momentan sind. Landolt: Nein, eine Steuererhöhung kann keinen Sinn. Die Politik der kommunikativen Steuererhöhung hat die Attraktivität des Kantons sowohl für Investoren als auch für natürliche Personen nachgewiesen. Einzigartig und das kann nicht nur dem Gemeinderat und dem Kantonsrat sowie den Gemeinden per Saldo mehr Steuern einbringen. Diese Folgestrategie gibt es weiterzuerzwingen.

Reto Dubach (bisher, FDP)

«Weitere Verbesserung der Standortqualität»

SCHAFFHAUSEN. Reto Dubach wurde am 2. September 2007 erstmals in den Regierungsrat gewählt. Er betreibt aktuell das Baudepartement.



Reto Dubach, Vorsteher des Baudepartements.

Schaffhauser Beck: Herr Dubach, was gefällt Ihnen am Besten an der Regierungsratswahl? Reto Dubach: Schaffhausen ist ein Kanton mit vielen Qualitäten, und mit der Bevölkerung fühle ich mich eng verbunden. Das Wohl der Region liegt mir sehr am Herzen. Als Regierungsrat kann und will ich das Beste für den Kanton tun. Zudem habe ich Freude am Herausforderungen und abwechslungsreichen Amt und engagiere mich gerne.

Gibt es Handlungsbedarf seitens der Regierung bezüglich Teufelstage für radioaktive Abfälle? Dubach: Der Widerstand, an dem die Bevölkerung aus Coesens wegen verpflichtet ist, ist konsequent fortzusetzen. Alle drei Standorte für mögliche Teufelstage im Kanton oder dessen Nachbarschaft sind ungeeignet. Sie befinden sich teilweise auf dem Gelände des ehemaligen Coesens-Atomkraftwerks, das im Jahr 1970 stillgelegt wurde. Die Standorte sind nicht geeignet. Die Standorte sind nicht geeignet. Die Standorte sind nicht geeignet.

Ihre Hauptziele für die nächste Legislatur? Dubach: Hauptziel ist und bleibt die weitere Verbesserung der Standortqualität. Dazu gehören unter anderem schnelle Verkehrsverbindungen auf Strasse und Schiene, eine massive Wohnraumentwicklung innerhalb der Siedlungsgebiete, zusätzliche Arbeitsplätze sowie ein familienfreundliches und alltagsnahes Umfeld. Mit einer innovativen Standortpolitik gewinnen wir Wirtschaft, um den Staatshaushalt finanziell auszugleichen zu halten und Spielraum für künftige Investitionen zu haben.

Kanton schrittweise von der Kernenergie auf erneuerbare Energien umstellen. Für die Sanierung der Spitäler Schaffhausen müssen wir die Steuern erhöhen werden, da keine Rückstellungen getätigt wurden. Sollen sich in Zukunft getätigt werden? Dubach: Es stimmt, dass die Finanzierung der Gesamtplanung der Spitäler noch nicht sichergestellt ist. Zusammen mit der

Ausarbeitung eines abstimmbaren Projekts für die erste Bauphase sind alle möglichen Finanzierungsoptionen vertikal zu prüfen. Wir müssen uns im Klaren sein: Rückstellungen allein können das Problem nicht, denn das Geld, das dafür verwendet wird, fehlt eben an einem andern Ort.

Macht es bei der aktuellen finanziellen Situation im Kanton Sinn, die Steuern zu erhöhen? Dubach: Nein. Nur dank tiefem Steuern und besseren Verkehrsverbindungen ist Schaffhausen heute gegenüber anderen Regionen wieder konkurrenzfähig. Unsere Wirtschaft wächst und die Zahl der Arbeitsplätze steigt. Der Halbschuldenstand von und nach Zürich wird für zusätzliche Impulse sorgen. Im Vergleich mit der aktuellen Lage im Kanton ist das ein gutes Zeichen. Die Standortqualität ist nicht eine Folge der Steuerpolitik, sondern eine nicht vorhersehbare Kombination von Einzelmaßnahmen etwa durch Nationalbank, Bundesrat, Finanzmarkt und Bundes-

Rosmarie Widmer Gysel (bisher, SPV)

«Ausgeglichene Staatshaushalt und Sicherheit»

WILCHINGEN. Rosmarie Widmer Gysel wurde am 29. August 2004 erstmals in den Regierungsrat gewählt. Sie betreibt aktuell das Finanzdepartement.



Rosmarie Widmer Gysel, Vorsteherin des Finanzdepartements.

Schaffhauser Beck: Frau Widmer Gysel, was gefällt Ihnen am Besten an der Regierungsratswahl? Rosmarie Widmer Gysel: Ich arbeite in spannend und abwechslungsreich. Der Kanton steht vor grossen Herausforderungen, welche Lösungen erfordern. Dazu einen Beitrag zu leisten zum Wohl unserer Bevölkerung mitotieren sich und gibt mir viel Befriedigung. Selbstverständlich ist das nicht immer ein «Zuckerbrotchen», aber das Positive überwiegt bei Weitem.

Gibt es Handlungsbedarf seitens der Regierung bezüglich Teufelstage für radioaktive Abfälle? Widmer Gysel: Eine Investition von rund 240 Millionen Franken braucht eine gezielte Finanzierung, wofür unsere Vorgängerinnen bei den vergleichbar gros-

Ihre Hauptziele für die nächste Legislatur? Widmer Gysel: Ich will dazu beitragen, dass das verfassungsgemässe Ziel des ausgeglichenen Staatshaushalts bis spätestens 2015 erreicht wird. Die Regierung hat mit ESH die Grundlage geschaffen, um die kantonalen Aufgaben auch in Zukunft erfüllen zu können. Die Sicherheit für unsere

glichenen Staatshaushalts bis spätestens 2015 erreicht wird. Die Regierung hat mit ESH die Grundlage geschaffen, um die kantonalen Aufgaben auch in Zukunft erfüllen zu können. Die Sicherheit für unsere

Ehnen kann und wir für Not- und Katastrophenfälle gerüstet sind. Unser Kanton gehört im Government zu den Partnern, die er engagiere sich nicht weiterhin. Denn mit einem effizienten und länderspezifischen Service Public verschaffen wir uns Wettbewerbs- und Standortvorteile.

Macht es bei der aktuellen finanziellen Situation im Kanton Sinn, die Steuern zu erhöhen? Widmer Gysel: Steuererhöhungen sind im Moment kein Thema, sie würden unserer bewährten Strategie zuwider laufen. Wir müssen zuerst nach anderen Möglichkeiten suchen, bevor die Bürgerinnen und Bürger mit höheren Steuern nur Kasse geben müssen. Auch die meisten Steuererhöhungen müssen das Nettolohn von Wilchingen unterschneiden und können sich nicht abbildeten. Was sie im höheren Steuern nicht abbildeten, fällt in ihrem Portemonnaie.

Werner Bächtold (neu, SP)

«Staatshaushalt sanieren und in Infrastruktur investieren»

SCHAFFHAUSEN. Werner Bächtold ist der kommende Regierungsratswahl. Er ist seit 2004 im Kantonsrat.



Werner Bächtold, SP-Kantonsrat.

Schaffhauser Beck: Herr Bächtold, was reizt Sie am Besten an der Regierungsratswahl? Werner Bächtold: Regierungsrat ist ein sehr interessantes und anforderungsreiches Amt, verbunden mit viel Verantwortung. Es freut mich, zusammen mit motivierten Mitarbeiterinnen einen Beitrag zu einer positiven Entwicklung unseres Kantons zu leisten. Als Kantonsrat und Mitglied der Geschichtsprüfungskommission konnte ich mir wertvolle Kenntnisse in den meisten Domänen erwerben und fühle mich für diese grossen Herausforderung gut gerüstet.

Gibt es Handlungsbedarf seitens der Regierung bezüglich Teufelstage für radioaktive Abfälle? Bächtold: Ein Dilemma muss mit aller Kraft verhindert werden. Um das glaubwürdig tun zu können, muss ein Prozess der Ausstieg aus der Atomenergie verbindlich beschlossen und terminiert werden. Bächtold: Unser Kanton steht vor Jahren mit grossen Defiziten. Diese sind entstanden, weil man im letzten Jahrzehnt die Steuern zu stark gesenkt hat. Unsere mehrheitlich bürgerliche Regierung ver-

Ihre Hauptziele für die nächste Legislatur? Bächtold: Unser Kanton steht vor Jahren mit grossen Defiziten. Diese sind entstanden, weil man im letzten Jahrzehnt die Steuern zu stark gesenkt hat. Unsere mehrheitlich bürgerliche Regierung ver-

Nutzung eines Teils des Rheinfallwassers zur Stromproduktion muss erstnächst geprüft werden. Winderdebau in Schutzgebieten gehören nicht zur ersten Priorität. Für die Sanierung der Spitäler Schaffhausen müssen die Steuern erhöht werden, da keine Rückstellungen getätigt wurden. Sollen sich in Zukunft getätigt werden? Bächtold: Unser Kanton tut, was sich kein privater Leistungsanbieter erlauben kann. Er verbraucht laufend die gut 110 Millionen Franken Mitteln, welche die Spitäler jährlich abbildet. Dieses Geld muss künftig zurückgestellt werden.

Macht es bei der aktuellen finanziellen Situation im Kanton Sinn, die Steuern zu erhöhen? Bächtold: Unser Kanton steht vor Jahren mit grossen Defiziten. Diese sind entstanden, weil man im letzten Jahrzehnt die Steuern zu stark gesenkt hat. Unsere mehrheitlich bürgerliche Regierung ver-

Macht es bei der aktuellen finanziellen Situation im Kanton Sinn, die Steuern zu erhöhen? Bächtold: Unser Kanton steht vor Jahren mit grossen Defiziten. Diese sind entstanden, weil man im letzten Jahrzehnt die Steuern zu stark gesenkt hat. Unsere mehrheitlich bürgerliche Regierung ver-